

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Annoncen-Expeditoren...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Annoncen-Expeditoren...

Nr. 55

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal...

Dienstag, 23. Januar.

Inserate, die schrägspaltige Zeitspalt ober deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an Belegungsstelle entsprechend höher...

1894

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung vom 22. Januar, 1 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Auer: „welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergreifen oder denken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken...“

Zur Begründung der Interpellation bemerkt Abg. Liebknecht (S.-D.): Wenn wir die Interpellation einbringen, so geschah es nicht aus Klamebedürfnis für unsere Partei...

Abg. Liebknecht (S.-D.): Wenn wir die Interpellation einbringen, so geschah es nicht aus Klamebedürfnis für unsere Partei, denn die herrschenden Klassen haben die Geschäfte der Sozialdemokratie in letzter Zeit gründlich besorgt. Dem „Nothstand“ der Reichen hat der Reichstag abzuhelfen gesucht durch Liebesgaben, Bälle u. dgl. Der große wirkliche Nothstand der Armen, der in der ganzen Welt gegenwärtig herrscht, soll dazu benutzt werden, um die Interessen der Reaktion zu fördern. Man läßt aus diesem Grunde das Gespenst der Anarchie wieder aufleben, man verlangt strengere Gesetze gegen die Sozialdemokratie. Man verwechselt Anarchismus mit Sozialismus; und auf einen solchen Irrthum scheinen mir die Vorgänge vom vorigen Donnerstag in Berlin, das Eingreifen der Polizei daselbst, zurückzuführen zu sein. Diese Verwechslung hat sich ja auch Herr v. Bennigsen hier zu Schulden kommen lassen, aber schließlich mußte er doch eingestehen, daß ein solcher Zusammenhang nicht vorhanden ist. Der Anarchismus ist das Gegenbild der Zustände unter den herrschenden Klassen; auf der einen Seite haben wir den Panamawindel, auf der anderen Seite Rabachol. Der Anarchismus betont nur das Ich, während der Sozialismus das Ich unterordnet der Gesamtheit. Da, wo die Sozialdemokratie am stärksten ist, haben wir keinen Anarchismus, in Deutschland haben wir keine Attentate. In Frankreich ist der Anarchismus emporgewachsen durch die Polizei. Auch die Polizei in Berlin hat am Donnerstag gewußt, daß die Versammlung nicht verschieben würde, mit ihren Schälern die Bastille der heutigen Gesellschaft einzurennen, und trotzdem dieses Dreihauen! Wenn die Straßen von Berlin am Donnerstag unbesetzt geblieben sind von Bürgerkrieger, so verdankt man das der Sozialdemokratie. (Lachen.) Der Nothstand, über den wir heute interpellieren, ist keine vorübergehende Erscheinung. Seit drei Jahren haben wir Nothstandsdebatten, und heute ist der Nothstand nicht geringer, sondern größer als früher. Man hat ja verschiedene Maßregeln dagegen zu ergreifen gesucht, aber der Krankheitsstoff ist dadurch nicht herausgetrieben worden. Die Arbeitslosigkeit nimmt in allen Ländern steigend zu, überall finden Versammlungen statt von Leuten, die dem Verhungern nahe sind. Wenn dem Nothstand wirksam zu Leibe gegangen werden soll, dann muß das Reich die Initiative ergreifen. Wir gehen nicht so weit, vom Reich zu verlangen, daß es sämtliche Fehler der Gesetzgebung beseitigen soll, aber wenigstens Arbeitsmöglichkeiten könnte von Staatswegen geschaffen werden. Was menschliche Arbeitskraft leisten kann, haben wir ja in der Welt gesehen, wo ehemals landlose Strecken in blühende Gegenden verwandelt sind. Was ist z. B. aus dem Grunewald bei Berlin geworden? Weshalb sollte nicht auch die Lüneburger Heide ähnlich bearbeitet werden können? Angesichts dieser Nothlage wird man den Normalarbeitstag nicht mehr so ohne Weiteres von der Hand weisen dürfen. Statt die Arbeitslosen zu beschäftigen, hat die Post wieder Soldaten als Hilfskräfte angenommen. Die jetzt erschienenen amtlichen Berichte haben ein noch schlimmeres Bild gegeben als die des Vorjahres. Der deutsche Arbeiter kann auch nicht mehr nach Amerika gehen; denn die Zustände in Amerika sind noch schlimmer, es verdrängt sich dem mittellosem Auswanderer. Die Antisemiten behaupten immer, sie allein könnten Hilfe bringen. Die Antisemiten haben noch keinen Bauer reich gemacht. Wenn ihnen das gelingen sollte, dann mögen sie diesen reichgemachten Bauer auf den Tisch des Hauses legen. (Geisterkeit.) Man sagt, die Arbeitslosen seien selbst schuld, weil sie freiwillig die Arbeit niederlegten. Bei Welchem der größte Theil ist von den Kollegen des Herrn von Stumm aus Pfälzer geworden. Es ist das eben ein Produkt der heutigen Wirtschaftsform, daß es möglich ist, Tausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen und Hungers sterben zu lassen. Das soziale Königthum hat seinen Canossaangang gemacht und hat sich vor dem König Stumm gebeugt. (Unruhe rechts.) Wenn der Staatssekretär etwa sagen sollte, daß der Staat und das Reich nicht helfen könne, dann frage ich: Wozu haben wir ein Reich? Wozu einen Staat? Der Staat muß eingreifen. Was ist der Grund für Ihre Furcht vor dem Anarchismus? Ihr schlechtes Gewissen. Benutzen Sie nicht den Anarchismus als Schreckgespenst. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Wenn der Staat nach der Aufforderung des Vorredners wirklich in andere Wege einlenken sollte, so würden es nicht die sein, die der Vorredner als die allein richtigen bezeichnet hat. Wir glauben auch im sozialistischen Staat nicht das beste Heilmittel zu finden. Wir werden also wohl thun, auf Grund unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung zu bessern und zu helfen, wo es Noth thut, uns aber nicht auf Experimente einzulassen. Die heute eingebrachte Interpellation enthält gegenüber der vorjährigen nichts Neues. Der Vorredner hat auch nichts Neues vorgebracht, und ich werde mich in meiner Antwort auch schwerlich auf neue Gründe einlassen können. Daß ein Nothstand innerhalb der Grenzen des deutschen Reichs unter den arbeitenden Klassen an verschiedenen Orten besteht, das zu leugnen fällt mir nicht ein, wie ich es im vorigen Jahre auch nicht geleugnet habe, obwohl nach meiner damaligen Liebe mir sofort entgegengehalten wurde: Wie kommt der Staatssekretär dazu, den Nothstand zu leugnen! In Bezug auf den Weg, wie das Reich die Mittel beschaffen kann, um dieser Noth zu begegnen, haben mich die Ausführungen des Vorredners ganz im Stich gelassen. Ich war gefast darauf, daß wir wieder eine Nothstandsdebatte bekommen würden, und als vorsichtiger Mann war ich bemüht, mir ein möglichst klares Bild über den Nothstand zu verschaffen. Ich ersuchte daher die Regierungen der Haupt-

industriebezirke, mir ein Bild von der Lage des Weltmarktes, der Lebenshaltung der Arbeiter und der Lohnhöhe zu geben. Die Verhältnisse liegen in dieser Beziehung innerhalb des deutschen Reiches außerordentlich verschieden. Der Nothstand auf industriellen Gebieten zeigt sich hauptsächlich in den großen Städten und trifft nicht allein den industriellen Arbeiter, sondern auch den Arbeitgeber. Folgende Industrien haben einen ungünstigen Stand: das Baugewerbe, die Ziegelei; doch fehlt es hier nicht an Distrikten, wo es besser geht, z. B. Ost- und Westpreußen, ein Theil von Schlesien, ein Theil von Hannover. Ferner ist nicht günstig die Lage der Eisen-Industrie, der Spiegelglas-Fabrikation. Dagegen kann man nicht klagen über schlechte Geschäftslage und Arbeitsmangel in der Zucker-Industrie, in einem Theile der chemischen Industrie, in der Schuhwaren-Industrie, im Brauereigewerbe, im Kohlenbergbau, ferner in der Textil-Industrie; diese zeigt allerdings in einigen Branchen ein trüberes Bild, z. B. in der Sammet- und Seiden-Industrie, in den Tuchwebereien der West. Es ist in hohem Grade anerkennenswerth, daß die Arbeitgeber zum Theil mit schweren persönlichen Opfern doch bemüht gewesen sind, die Löhne zu halten, und daß sie sehr schwer und ungerne daran gegangen sind, Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Es ist eine ungerechtfertigte Behauptung, wenn es so dargestellt wird, als ob es dem deutschen Arbeitgeber Freude machte, den Arbeiter auf die Straße zu setzen. Der Arbeitgeber ist im Allgemeinen bereit, den Arbeiter, den er in seinem Dienste hat, immer zu beschäftigen, auch wo der Ertrag seiner Thätigkeit kein genügender ist. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht gut, daß Sie solche Äußerungen thun; Sie wirken nach der Seite des Arbeitgebers nicht günstig, und Sie könnten da, wo etwas Härtehaftigkeit besteht, diese nur fördern. Die Nachfrage nach Arbeit ist zwar in vielen Distrikten eine recht erhebliche gewesen, aber andererseits fehlt es nicht an Distrikten, in denen die Nachfrage nach Arbeitern nicht hat befriedigt werden können. Ueber Arbeitermangel wird geklagt auf dem Gebiet der Landwirtschaft in den deutschen Ostprovinzen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Mangel findet sich in der Oberpfalz, in Ober- und Unterfranken, in Schwaben, im Königreich Sachsen. (Hört, hört! rechts.) Ferner besteht Arbeitermangel in der Bergwerksindustrie, in der Textilindustrie in Hannover und einem Theil von Westfalen, wo gelernte Weber fehlen, und in Württemberg, in der Cementfabrikation in Schlesien, im Handweb in der Oberpfalz, Württemberg, Schwaben und im Bezirk Vorpommern. Weiter ergiebt sich nach unseren Berechnungen, die wir auf Grund der Geschäftsübersichten über die Berufsgenossenschaften aufgenommen, ganz unzweifelhaft, daß die Arbeitslöhne im allgemeinen sich im Aufsteigen halten. Damit ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Industriezweigen und Betrieben man Lohnreduktionen vorzunehmen gezwungen war. Unsere Berechnung beruht auf der Vorarbeit des Unfallversicherungsgesetzes, wonach bei den Sterbegeldern festgestellt werden muß, wieviel Arbeitsverdienst der betreffende Arbeiter gehabt hat. Aus der Höhe der Sterbegelder kann man auf die Löhne rückschließen. Im Jahre 1886 ergab sich ein Durchschnittssterbegeld von 48,8 M.; im Jahre 1892 von 57,86 M. Dem entspricht ein Durchschnittsminimallohn im Jahre 1886 von 732 M. im Jahre 1892 von 867 M. (Hört, hört! rechts.) Danach beträgt die procentuale Steigerung von 1886—92 18,5 Prozent. Man wird aus diesen Thatsachen kaum den Schluß ableiten können, daß der Arbeiter 1892 schlechter gestellt gewesen ist als 1886. Leider ist unter den Leuten, die den Nothstand befördern, auch das bemerkbar geworden, daß gerade nach der Richtung der Veränderung der Arbeitsstätte von gewissen Agitatoren eingewirkt wird — ich behaupte ja nicht, daß das Sozialdemokraten sind (geisterlich). Die Sache spielt sich in der Weise ab, daß man in verschiedenen Bezirken den Arbeiter nötigt, einen fixirten Minimallohn inne zu halten, und wenn er ihn nicht bekommt, ihn bestimmt, seine Arbeit niederzulegen. Diese Aufforderung hat selbstverständlich an verschiedenen Stellen Erfolg gehabt, und da die Arbeiter nicht sofort neue Stellen bekommen, vermehren sie die Zahl der Arbeitslosen. Bezüglich einer Statistik der Arbeitslosen habe ich mich bereits gefragt, ob sie nicht im geordneten Wege aufgemacht werden könnte. (Zuruf: Wäre das schön!) Ihren Bericht schlage ich nicht übermäßig hoch an, denn sie stellt doch nur die Zahl der Arbeitslosen in einem gegebenen Moment fest und liefert niemals ein vollständiges Bild und für die Gesetzgebung verwendbares Material. Auch über den Begriff der Arbeitslosigkeit wird man sich nicht leicht verständigen. Ist ein Arbeitsloser bloß der, der Arbeit will, aber keine Arbeit findet, oder ist auch der als Arbeitsloser anzusehen, der nicht arbeiten will und seine Arbeit aufsucht? Der Frage, daß wir uns gegenwärtig bezüglich der Lebenshaltung des Arbeiters in einer ganz besonders ungünstigen Periode befinden, kann ich nicht zustimmen. Bezüglich der Kommunalsteuern ist uns berichtet worden, daß Steuer-Einkünfte verhältnismäßig sicher einkommen, ebenso daß die Anträge auf Steuererlasse sich vermindert haben. Auch hat sich die Forderung der öffentlichen Armenpflege vermindert. Die Verdrückung der Volkshäuser aus dem Jahre 1893 weisen eine nicht unbedeutende Abnahme im Geschäftsbetriebe auf. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Leute haben nichts mehr!) Die Sparkassen-Einlagen haben sich stellenweise auch vermehrt. Die Klagen über den Nothstand waren hier und da recht übertrieben. Nach einem Bericht aus Hamburg, der sich auf eine Periode beschränkt, in der in Hamburg über die Nothlage der Arbeiter außerordentlich geklagt wurde, sind dort keine Arbeiter für die Strakenreinigung und Waggerei im Herbst 1892 zu haben gewesen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na, na!) In Bremen sammelte man Kapital zur Unterstützung der Arbeiter in einer Form, die nicht den Charakter der Armen-Unterstützung hatte, und dies Kapital konnte nicht aufgebracht werden. (Zuruf: Na, na!) Das „Sozialpolitische Wochenblatt“ weist zahlenmäßig nach, daß die Klagen übertrieben werden. In Paris haben sich nur 33 Arbeiter auf dem Bureau des Magistrats gemeldet. Außerdem wurden verschiedene Privatarbeiten angeboten, ohne daß sich Arbeiter finden ließen. Ich bringe diese Angaben hier vor, kann sie allerdings nicht kontrollieren. (Abg. Singer: Aber Sie benutzen sie!) Was die Versammlung in Berlin vom Donnerstag betrifft,

so ist dieselbe ja gar nicht zu Stande gekommen. Der Arrangeur dieser Versammlung, ein der Polizei als Anarchist bekannter Mann, hatte die Versammlung vorchriftsmäßig angemeldet und die Bescheinigung über die Anmeldung bekommen. Es war auch alles Mögliche geschehen, um eine recht zahlreiche Betheiligung in Szene zu setzen, aber als der Saal, wo die Versammlung abgehalten werden sollte, vollständig gefüllt war und Tausende draußen standen, erschien der Arrangeur nicht; die Versammlung konnte also nicht abgehalten werden. Der Arrangeur scheint anderen Sinnes geworden zu sein und eingesehen zu haben, daß die Aufgabe, dem Nothstande abzuhelfen, eine nicht zu löbende war. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was die Ueberschreitungen der Polizei anbelangt, so kann ich sagen: nach meinen Erfahrungen ist bisher weder beim Volkstheater, noch beim Ministerium des Innern, noch beim Reichskanzler irgend eine Beschwerde darüber eingegangen, daß die Polizei am Donnerstag ihre Befugnisse überschritten hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand unter Ueberschreitung der Polizei zu leiden hat, so ist es das Naturgemäße, daß er sich an die Vorgesetzten des Beamten wendet, damit Remedur geschäft werde. (Abg. Singer: Lesen denn die Herren keine Zeitungen?) Wenn Sie von uns verlangen, daß wir auf jede Auseinandersetzung, die sich in der Presse über dergleichen Dinge befindet, auf jede Beschwerde, die da erhoben wird, eingehen, dann würden wir noch einige vortragende Räte mehr nötig haben. (Wiederholte Zwischenrufe des Abg. Frohme. Glocke des Vizepräsidenten Frhr. v. Duol. Abg. Frohme: Sonst kümmern sich schon die Staatsanwälte um das, was in der Presse steht. Vizepräsident v. Duol ruft den Abg. Frohme wegen dieser Unterbrechungen zur Ordnung.) Abgesehen von dem Achtstundentage hat der Vorredner nichts beigebracht, was auf die Initiative des Reichs hin geschehen könnte. Denn daß die Lüneburger Heide nicht vom Reich kultiviert werden kann, da sie ihm nicht gehört, wird der Abgeordnete selber wissen. Im übrigen ist anzuerkennen, daß von Seiten der einzelnen Gemeinden in bereitwilliger Weise Hilfsbedürftigen bereitgestellt werden. Auch die Staatsverwaltungen gehen auf diesem Gebiet vor und begünstigen die Vornahme öffentlicher Arbeiten. Am Nordostkanal wird noch jetzt recht kräftig gearbeitet. Wenn es heftig friert, kann übrigens auch die Lüneburger Heide nicht kultiviert werden. Ich kann nur schließen: Wenn jeder an sich selbst bessert, dann wird es besser werden. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag Singer findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Die Einbringung der Interpellation hat nur den Zweck, die Aufmerksamkeit der Hintermänner der sozialdemokratischen Partei auf diese Partei zu lenken, nachdem es sich gezeigt hat, daß alle Bestrebungen der Sozialdemokraten den Arbeitern nichts genützt haben. Wenn Abg. Liebknecht meint, es sei noch kein Bauer durch die Antisemiten reich geworden, so bitte ich ihn, mir einen Arbeiter zu zeigen, der durch die Sozialdemokraten reich geworden ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Führer sind allerdings reich geworden. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen ja, wie hohe Gehälter ihnen gezahlt werden. Wenn Abg. Liebknecht wirklich die Arbeitslosigkeit mit der großen Konkurrenz in Zusammenhang bringt, so ist das ja ein sehr wichtiges Argument für die Militärvorlage, denn dadurch wird ja die Konkurrenz und damit die Arbeitslosigkeit vermindert. (Lachen links.) Uebrigens besteht ja in der Landwirtschaft ein Mangel an Arbeitern. Landwirtschaftskammern würden sich hier als Wohlthäter erweisen, da sie Maßregeln zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vorschlagen können. Um dem Mittelstande in den kleinen Städten zu helfen, wäre eine Aufhebung des 50 Pf.-Portos erwünscht, da dadurch die Konkurrenz der großstädtischen Händler vermindert würde. Das Eingreifen am Donnerstag kann man der Berliner Polizei nicht zum Vorwurfe machen, da sie auf ähnliche Vorgänge wie vor zwei Jahren gefast sein mußte. In den Berliner Sanitätskassen kam kein Fall der Verwundung zur Behandlung, ein Beweis, daß die Polizei mit Rücksicht vorgegangen ist. (Lachen links.) Als Ansammlung kann es schon angesehen werden, wenn fünf Leute zusammengehen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Das ist Ihr Ideal!) Der Anarchismus ist die Konsequenz der Sozialdemokratie; beide unterscheiden sich nur dadurch, daß der eine früher, der andere später losgelassen will. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jede Schandthat der Anarchisten ist mehr oder weniger die Konsequenz dessen, was die Sozialdemokratie auf anderen Gebieten predigt.

Abg. Richter (Frel. Wp.): Wenn ich auf der einen Seite vor Ueberschreitungen warne, muß ich auf der anderen Seite doch meinerseits betonen, daß die Verhältnisse durchwegs nicht glänzend liegen, und daß, wenn von Reichs- und Staatswegen etwas getan werden kann, um sie zu bessern, dies sehr wünschenswert wäre. In der Debatte hier kommt der Gegensatz der wirtschaftlichen Anschauungen zum Ausdruck, der uns von der sozialdemokratischen Partei trennt. Eine Partei hält Reich und Staat für solche Zustände verantwortlich, und meint, daß Reich und Staat, wenn deren Organe den guten Willen hätten, im Stande wären, den Nothstand zu beseitigen. Wir leugnen das, wir halten die Staatsbehörden nicht für verantwortlich für vorhandene Missethate in ihrem ganzen Umfange, und für nicht mächtig genug, um diese ungünstigen Verhältnisse zu beseitigen. Für uns kann es sich also nur um die Erörterung beschränkter Regierungsmaßregeln handeln. Was in dieser Beziehung Frhr. v. Stumm vorgebracht hat, will mir doch absonderlich erscheinen. Er meinte, wenn wir Landwirtschaftern hätten, dann würden wir wissen, wie man in die Arbeiterverhältnisse helfend eingreifen kann. Ich will heute davon absehen, von diesem Interparlament zu reden. Aber alle agrarische Intelligenz, die man im besten Falle dort versammeln könnte, ist schon jetzt versammelt im Herrenhause, Abgeordnetenhaus und im Reichstage (sehr richtig! links). Wenn die Herren eine so besondere Leidenschaft haben, dann warten Sie doch gefälligst nicht auf die Landwirtschaftskammern, sondern bringen Sie hier in der öffentlichen Deffentlichkeit vor, was Sie wissen. Herr v. Stumm scheint Vorschläge zu verlangen, wie man den Abzug der Arbeiter vom Lande

in die Städte vermindert. Um das einzuschränken, giebt es ein einfaches Mittel: Die Beschränkung des Großhandels, die Vermehrung des kleineren Bestandes und die Erleichterung der Erwerbung von Grundbesitz für die Arbeiter und kleinen Leute. (Sehr richtig! links.) Was aber jetzt geplant wird, ist das gerade Gegenteil davon. Man will durch Staatsmaßnahmen den großen Grundbesitz in seinem gegenwärtigen Umfang erhalten, man will die Zersplitterung und Veräußerlichkeit beschränken, also die bestehenden Verhältnisse aufrecht erhalten. Was uns fehlt ist ein intensiverer Betrieb der Landwirtschaft im Osten; dazu gehört Kapital. Aber die vertriebenen Besitzer von heute haben das Kapital nicht, und der Staat ist nicht dazu da, es ihnen zu geben. Je mehr man diese Leute künstlich auf ihren Besitzungen festhält und verhindert, daß kapitalstärkere Leute zu Besitz gelangen, desto mehr vermindert man diesen Zustand. Weil man eine intensive Landwirtschaft nicht betreiben kann wegen Mangel an Kapital, kann man auch die Arbeiter nicht genügend lohnen und treibt sie damit in die Städte. Dann ist von Herrn v. Stumm empfohlen worden die Aufhebung des fünfprozentigen Porto. Es ist möglich, daß durch die Aufhebung dieses Porto eine Anzahl Kleinhändler in den Provinzialstädten bessere Geschäfte machen würden als jetzt. Die Wirkung davon ist aber eine Vertheuerung von Verbrauchsartikeln, und die Einschränkung des Abhanges führt zur Verminderung der Fabrikation und zu Arbeiterentlassungen. Herr v. Stumm meint auch, daß die Heeresverfälschung ein Grund dafür ist, daß die Verhältnisse nicht noch ungünstiger liegen. Nach dieser Ansicht wäre die Konsequenz: Je mehr Soldaten, desto besser geht's im Lande. Das wäre sehr schön, wenn die Mittel dazu aus der vierten Dimension herkämen. (Gelächter.) Zu denjenigen, die dazu beitragen, gehören aber auch die Arbeiter; je mehr Steuern diese aber aufbringen müssen für mehr Soldaten, um so weniger können sie von ihrem Einkommen für ihre eigenen Zwecke verwenden. Und um den Betrag, um den sie sich einschränken müssen in ihren Privatausgaben, vermindert sich die Nachfrage nach Artikeln, die sie konsumieren können, und das führt zu einer Einschränkung der Produktion und wieder zu Arbeiterentlassungen. Diese Weisheit des Herrn v. Stumm besaßen schon die französischen Könige. Ludwig XIV. suchte die Vertheuerung an seinem Hof damit zu rechtfertigen, daß man Geld unter die Leute bringen müßte, um die Arbeiter zu beschäftigen. Auch General v. Steinmeß empfahl im konstituierenden Reichstag eine große Heeresverfälschung damit, daß er sagte, das Armeebudget würde wie ein befruchtender Regen; die Heeresverwaltung behalte ja nichts für sich, sie gebe alles wieder aus; man möge sich nicht geniren, der Armeesoldat Geld zu bewilligen; das Geld komme wieder an die Bürger zurück. Ich hätte in der That nicht geglaubt, daß Herr v. Stumm nach so langjähriger Beschäftigung in der Gesetzgebung nach so vieler Aufmerksamkeit und so langem Studium, die er den wirtschaftspolitischen Fragen zugewandt hat, noch auf der Höhe des General Steinmeß zurückgeblieben wäre mit seiner volkswirtschaftlichen Kenntniß. (Gelächter links.) Die einzig sichtbare Wirksamkeit der Heeresorganisation sind die neuen Steuerprojekte. Sind die etwa geeignet zur Verbesserung der ungünstigen Verhältnisse? Die Herren aus den Weinbaudistrikten haben uns doch erzählt, wie das Weinsteuerprojekt auf den Abgang aller Verhältnisse schon bei der jetzigen Weinlese gedrückt hat. Herren, die in der Tabakindustrie Beschäftigte kennen, erkennen an, daß angefaßt des Tabaksteuergesetzes jede Entwicklung der Unternehmungen in dieser Industrie unmöglich ist, ja daß schon die laufenden Aufträge eingeschränkt werden, sobald man, obgleich das Gesetz noch nicht in Kraft getreten ist, doch schon die ungünstige Wirkung nach allen Richtungen spürt. Je weniger ich von der Regierung irgend welche durchgreifenden Maßnahmen erwarte, desto mehr muß ich erwarten, daß sie thut, was sie thun kann. Es würde nicht unwesentlich zur Besserung der Verhältnisse beitragen, wenn sie sich entschließen würde, wenigstens die jetzigen Steuerprojekte zurückzuziehen, die hier im Hause keine Aussicht auf Annahme haben. Es ist schon ein ganz anormaler Zustand, daß überhaupt die Regierung solche Steuerprojekte einbringt, ohne einer Mehrheit auch nur für die grundlegenden Bestimmungen sicher zu sein, daß also von vornherein die beteiligten Industriezweige der ganzen Schädigung ausgesetzt sind, die das Ganges und Ganges mit sich bringt. Je früher man sich entschließt, diese Steuervorlagen zurückzuziehen, desto besser für das Land. Dann hängen die ungünstigen Verhältnisse zusammen mit dem Zollkrieg mit Rußland. Aus einem Wahltreue hat die Handelskammer vor Kurzem in einem Circular ausgeführt, daß der deutsch-russische Zollkrieg zur Verschärfung der Nothlage erheblich beiträgt, es sei Thatsache, daß der größte Theil der sonst im Herbst aus Rußland einkaufenden Bestellungen ausgeblieben sei, der Bezirk leide um so mehr als der Mangel an russischen Bestellungen auf alle anderen Fabrikationszweige einwirkte. Da die aus Rußland kommenden Bestellungen in die sonst stillen Monate gefallen wären, hätten die anderswo Beschäftigten Arbeit gefunden. Um so mehr verschärft das Fehlen der Bestellungen den inländischen Wettbewerb und drückt auf die Preise. In diesen Tagen durchläuft die Zeitungen eine Antwort, die auf seine Frage der Abg. Mezner von der oberösterreichischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb über die Zustände in Oberösterreich erhalten hat. Dort hieß es, wenn nicht bald eine Abhilfe in unserm Verhältnis zu Rußland geschaffen wird, eine Krise unvermeidlich sei. Die oberösterreichische Walzwerkindustrie habe noch im ersten Semester 1893 2) Prozent ihrer Erzeugnisse nach Rußland exportirt; seither arbeiteten die Walzwerke theils ohne Nutzen, theils mit thatschlichem Schaden. Fast durchweg mußten die Arbeitslöhne herab reduziert werden, daß die Leute gerade noch ihr Auskommen finden. Feiertaglichen mußten auf sämtlichen Walzwerken Oberösterreichs eingelegt werden. Die Friedrichshütte habe den Betrieb ihres Werkes auf Tageslohn reduziert und ca. 700 Arbeiter entlassen. Bis jetzt hätten sich die russischen Abnehmer noch mit den vorhandenen Beständen durchgeholfen; nunmehr aber seien sie gezwungen, ihre Einkäufe bei der österreichischen, englischen, belgischen Konkurrenz zu machen. Es liegt auf der Hand, je länger dieser Zollkrieg dauert, um so schlimmer und unhaltbarer werden die Zustände. Nun hören wir, daß in der Hauptsache das Uebereinkommen mit Rußland der russischen Regierung materiell gesichert sei. Ich wünsche nur, daß, sobald dieses Uebereinkommen paraphirt ist und bevor der Reichstag dazu eine Entscheidung getroffen hat, man durch Uebereinkommen mit der russischen Regierung sofort wenigstens den Zustand wiederherstellt, der bis zum 1. August vorigen Jahres bestand. (Sehr gut! links.) Daß die russische Regierung sich verpflichtet, zunächst provisorisch den Zoll von 1891 wiederherzustellen und wir alsbald den Zuschlag zu unseren Zöllen gegenüber Rußland aufgeben. Damit wäre wenigstens eine gewisse Vinderung getroffen und die äußerste Schärfe beseitigt. Ein Weiteres muß die definitive Entscheidung über den russischen Handelsvertrag bringen. Es ist zu wünschen, daß diese Entscheidung nicht mehr so lange hinzieht; es heißt hier: entweder biegen oder brechen. (Sehr richtig! links.) Und die Herren auf der rechten Seite werden, wenn sie vor diese schwere Verantwortlichkeit erst gestellt sind, sich gar nicht im Stande fühlen, den Handelsvertrag abzulehnen. (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Minister v. Bötticher hat ausgeführt, daß zu den Gewerben, mit denen es verhältnismäßig ungünstig bestellt sei, das Baugewerbe gehöre. Das ist durchaus richtig und hängt mit den ungünstigen Verhältnissen des Realcredits zusammen. Um so mehr bedauere ich, daß im

Herrenhaufe in diesen Tagen Verhandlungen stattgefunden haben, die geeignet sind, die Verhältnisse des Realcredits ganz außerordentlich zu verschlechtern. (Sehr richtig! links.) Einer der Herren sagte mit dürren Worten, es gelte jetzt den Kampf zwischen Kapital und Produktion zu führen. Herr v. Mannefeld sagte in der Begründung seiner Interpellation, er habe kein Gefühl dafür, daß man von einer Zwangskonvention der hypothekarischen Forderungen zurückschreide und halte es für kein nationales Unglück, wenn „die Herren Gläubiger“, um einige Prozente geküßelt würden durch eine Zwangskonvention des Staates. (Hör, Hör!) Er hat also eine partielle Vermögenskonfiskation befürwortet. (Sehr richtig! links.) Die Sozialdemokraten haben bisher nicht einmal eine solche partielle Vermögenskonfiskation an die Wand gemalt; wenn sie es thun wollten, wäre es nicht so schlimm, als wenn eine so einflußreiche Partei wie die konservative eine derartige partielle Vermögenskonfiskation in Aussicht stellt. Umso mehr bedauere ich es, daß die Minister in der Beantwortung der Interpellation sich nicht entschließen ablehnend gegen solche Zumutungen verhalten haben. Sie nebelhafter ihre Erklärung war über die Zukunft eines projektirten Agrarrechts, um so mehr gaben sie zu allerhand phantastischen Voraussetzungen im Publikum Anlaß, die auf den Realcredit auf das Allernachtheiligste zurückwirken und deshalb das vorhandene ungünstige Verhältnis noch weiter verschärfen. (Sehr richtig!) Der Reichshandelspräsident Koch hat bei derselben Gelegenheit gesagt, das beste Mittel gegen Nothstände, gegen so ungünstige Verhältnisse, wie sie in Amerika im vorigen Jahre hervorgetreten seien, sei das Festhalten an einer soliden Währung. (Sehr richtig! rechts.) — an der Goldwährung. Weil das der Fall ist, ist es um so mehr zu bedauern, daß die Minister so mehrdeutige Erklärungen abgegeben haben, die, wenn sie auch nicht so ausgelegt werden müssen, doch so ausgelegt werden können, als wenn die Regierung ihren Standpunkt bezüglich der Aufrechterhaltung der Goldwährung nicht mehr mit derselben Entschiedenheit betonte. Je weniger die Regierung Postives vermag, um auf die ungünstigen Verhältnisse im allgemeinen besser einzuwirken, desto mehr sollte sie sich hüten, vor Maßnahmen oder Aussprüchen, die den Ansehens erwecken, als ob sie von den Bahnen einer gesunden Wirtschaftspolitik abzuweichen und damit noch auf eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse einzuwirken, im Begriff stünde. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Eine große Reihe von Fabrikinspektoren giebt zu, daß die Ergebnisse des Jahres 1892 noch ungünstiger gewesen sind als die des Jahres 1891. Die Ergebnisse des Jahres 1893 werden sich noch ungünstiger gestalten. Mehrfach lauten die Handelskammerberichte, die Berichte der Aktiengesellschaften, die Kurztettel. Wenn die Kohlenindustrie Arbeitermangel hat, darüber können wir uns nicht wundern angesichts der Kohlenindustrie, die den Preis bestimmen auf Kosten der Arbeiter, deren Löhne sie drücken. Das Bischen lumpige Sozialreform, speziell die Sonntagstraße, ist nach 3 Jahren noch nicht durchgeführt. Dabei macht man noch Steuervorlagen, die geeignet sein müssen, Tausende von Arbeitern auf der Straße zu werfen. Derselbe Staat, dessen Regent das Wort von den staatlichen Musterwerkstätten gesprochen hat, steht an der Spitze der Vohndrucker. Am eifrigsten ist hierin Minister Thielen. Wir haben ausgedehnte Staatsbetriebe, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen. Sie müßten allen Privatbetrieben ein gutes Beispiel geben. Ich erinnere daran, daß in England ein konservativer Abgeordneter beantragte, in der Marine-Verwaltung höhere Löhne einzuführen. Und das wurde ohne Erörterung angenommen. Man ist noch weiter gegangen und hat nicht nur allgemeine Lohnerhöhung, sondern den Achtstundentag in allen Staatsbetrieben zugestanden. Eine Korrespondenz der „Kreuzzeitung“ aus England hat zugestanden, daß damit England auf dem richtigen Wege sei. Wenn doch bei uns die Konservativen diesem Beispiel folgten! Stadtbaurath Hübner meinte einmal, man müsse sich hüten, die Arbeitslosigkeit öffentlich allzu sehr anzuerkennen, damit werde man die Arbeitslosen vermehren, und das Niveau der Arbeiter würde heruntergedrückt. Auf welchem Niveau stehen dann diejenigen, die gar nicht arbeiten! Die Angaben des Staatssekretärs sind durchaus nicht genau, man kann ja auch die Angaben aus verschiedenen Jahren nicht ohne weiteres vergleichen. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter heute nicht besser ist, als in den Vorjahren. Wenn sich nur so wenige Leute zu dem vom Magistrat vorgenommenen Arbeiten, wie z. B. zum Schneeschleppen, melden, so liegt das häufig an dem Schamgefühl der Arbeiter. (Widerspruch und Unruhe rechts.) Sie wollen nicht ihre Lage vor aller Welt dokumentieren. Es giebt nur sehr wenig Arbeiter, die wirklich nicht arbeiten wollen. Die wenigen, die es nicht wollen, sind durch monatelange Arbeitslosigkeit moralisch und körperlich heruntergekommen. Ich würde einmal Sie in dieser Lage sehen wollen (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Man verwirft die Arbeiter auf die Landwirtschaft. Das ist ja der Grundschaden, daß die Landwirtschaft die Leute im Winter nicht beschäftigt, auch nicht beschäftigen kann. (Zuruf rechts: Fortwirtschaft.) Die Fortwirtschaft kann im Winter auch nicht so viel Arbeit gewähren. Im Uebrigen sind die gesammten sozialen Verhältnisse des Ostens Grund genug für die Arbeiter, dem Lande den Rücken zu kehren. Was hier nur helfen kann, ist ein durch das ganze Reich gehender centralisirter Arbeitsnachweis. Wenn die Arbeiter eine solche Forderung erheben, so hört man sie nicht, aber den herrschenden Klassen kommt man leicht entgegen. Das Charakteristische der heutigen Zustände ist, daß der Nothstand nicht auf den Winter beschränkt ist, sondern sich auf das ganze Jahr erstreckt. Seit 15 Jahren hat der Fleischkonsum stetig abgenommen. Herr v. Stumm hat heute nichts Neues vorgebracht. Wenn er uns fragt, wie viel Arbeiter wir reich gemacht haben, so antworte ich ihm: falls er die sozialistische Literatur wirklich so kennen würde, wie er zu kennen vorgiebt, so hätte er eine solche Frage nicht stellen können. Wir wollen nicht den einzelnen Arbeiter reich machen, sondern die gesammte soziale Lage des Arbeiterstandes heben. Es wird Herr v. Stumm schwer fallen, einen reichen sozialdemokratischen Führer zu nennen. (Zuruf rechts: Singer!) Ich habe keine Veranlassung, die Vermögensumstände meines Freundes Singer hier von der Tribüne zu erörtern, aber das eine kann ich sagen: Wenn Singer nicht in den letzten Jahren Zehn- und Hunderttausende der Partei geopfert hätte, würde er vielleicht reich sein, so ist er es nicht. In keiner Partei wird so vor aller Öffentlichkeit abgerechnet wie bei uns. Es ist niemals eine frechere Lüge ausgesprochen worden, als daß Liebknecht, wie in einer Korrespondenz ausgeführt war, 10 000 M. Gehalt bekomme. In der ganzen Partei giebt es noch nicht drei Leute, die über 5000 M. Gehalt beziehen. Die Redakteure in der Provinz bekommen im Durchschnitt alle unter 3000 Mark. Freiherr v. Stumm hält die Militärvorlage für geeignet, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Er vertritt, daß alle die Lasten von Arbeitern hauptsächlich getragen werden. Seit Jahrzehnten sicken Sie am deutschen Handwerker herum, aber durch ihre Steuervorlagen schaden sie ihm viel mehr, als sie ihm durch ihre anderen Maßnahmen nützen können. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft führt Krisis auf Krisis herbei, und das Schicksal, der Untergang der herrschenden Klassen, ist für jeden, der die Volkswirtschaft kennt, gewiß. Es fragt sich nur, wann er erfolgen wird. (Lachen rechts.) Der Staatssekretär meint mit Bezug auf die Vorgänge am Donnerstag, er wisse davon nichts, es habe sich niemand beschwert. Wenn die Mißhandlungen sich beim Polizeipräsidenten beschwerten, so hieße das, den Teufel bei seiner Großmutter be-

klagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Sache schien wohl von lange her vorbereitet zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Soll ich das wiederholen, was ich früher von den agents provocateurs einem Schröder, Jhring-Mahlow und Oberwinder gesagt habe? Wenn es möglich war, daß 1883 auf einem Anarchistenkongreß vier königlich preussische Polizeibeamte betheiligte waren, wenn es möglich war, daß in jener Versammlung alle die Mordthaten beschlossen worden sind, die nachher in Paris und Wien verübt sind, so müssen wir auch heute mißtrauisch sein und glauben, daß die ganze Angelegenheit von der Polizei provozirt worden war (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Viele Anzeichen liegen auch darauf schließen. Es wird von zwei Garbeoffizieren erzählt, die auf der Straße standen und sich über die Versammlung der Arbeitslosen unterhielten. Der eine meinte: heute wird es was geben, der andere aber blickte auf das Straßenpflaster und meinte: heute giebt es nichts, denn es ist feucht! (Große Heiterkeit.) Es ist nämlich ein altes Wort, daß Revolutionen nie an einem Regentage gemacht werden. Das beweist, daß unter den Offizieren der hiesigen Garnison bekannt war, an diesem Tage sollte was kommen, daß irgend ein Plan bestehe, die Massen zu provozieren. Wie die Rede des Herrn v. Stumm beweist, gieren ja die Herren nach einem sozialistischen Putzsch und ärgern sich, daß die Sozialdemokratie ihnen den Gefallen nicht thut. Viele Artikel in der „Kreuzzeitung“ und in der anderen konservativen Presse zeigen das. Insbesondere die Vorgänge der letzten Zeit, die anarchistischen Attentate heunruhigen in hohem Grade die Gesellschaft und haben in weiten Kreisen das Gefühl wachgerufen: wie lange wird es dauern, so haben wir in Deutschland ähnliche Zustände, deshalb schaffen wir Ausnahmegeetze! Freiherr von Stumm hat ja auch dem Wunsche nach Ausnahmegeetzen Ausdruck gegeben (Widerspruch des Herrn v. Stumm). Dann weiß Herr v. Stumm selber nicht, was er gesagt hat. Sie sagen ja nur das, was die gesammten Herren da draußen (rechts) denken. Sie sind offen, Sie sind der Draufgänger. (Gelächter.) In der gesammten Berliner Presse ist nicht ein einziges Organ, das auch nur anzudeuten wagte, daß die Arbeitslosen provozirt haben. Alle stimmen darin überein, daß die Arbeitslosen ruhig ihren Weg gegangen sind. Es ist mir berichtet worden, daß Geheimpolizisten als zerlumpte Leute unter die Masse gesteckt worden sind, um, als das Signal kam, mit Gummischläuchen loszugehen. Es wurde so blödsinnig losgeschlagen, daß selbst Leute, die nicht zu den Arbeitern gehörten, ja sogar ein Berichterstatter sich genöthigt sah, zu flüchten. In Schöneberg wurde eine zahlreich besuchte Arbeitslosenversammlung, nachdem der Redner eine Stunde lang gesprochen hatte, plötzlich aufgelöst ohne irgend einen Grund; es waren die Gendarmen und Nachtwächter aufgeboden ohne irgend eine Veranlassung. Als an einem anderen Tage eine Arbeitslosenversammlung ebenfalls stattfinden sollte, da wurde in den Häusern Raum für 20 Schulleute gesucht. Die deutsche Sozialdemokratie wird sich aber hüten, zu etwas beizutragen, was als Wasser auf ihre Mühle angesehen werden kann. Wir müssen aber auch verlangen, daß die Behörden, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt sind, die Ordnung selbst nicht stören. Auf der anderen Seite verlangen wir ebenso energisch, daß die bürgerliche Gesellschaft alles aufbietet, um dem vorhandenen Nothstand nach Kräften entgegenzutreten. Werden die Maßregeln, die wir vorschlagen, in die Hand genommen, dann wird der Nothstand zwar nicht beseitigt, aber in hohem Grade gemildert. So objektiv sind wir, nicht mehr von Ihnen zu verlangen, als Sie zu leisten vermögen. Was Sie aber vermögen, das sollen Sie auch thun. Wollen Sie es nicht thun, dann die Folgen auf Ihr Haupt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Bötticher** fordert den Vorredner auf, seine Vorschläge in die Form von Anträgen zur Beschlußfassung des Hauses zu bringen. Bezüglich der Donnerstags-Vorgänge halte ich mich an den amtlichen Bericht, von dem der Vorredner nicht weichen hat, daß er falsch ist. Bezüglich der, von denen ich nicht weiß, woher sie stammen, können mich nicht dazu bestimmen, eine Behörde, von der ich nur weiß, daß sie ihr Amt einwandlos verwaltet, einer Gesetzesübertretung und Vergeßlichkeit zu zeihen. Ist es denn so ungewöhnlich, daß Leute sich über eine Versammlung unterhalten, die vorher angefündigt war? Die Polizei hat nicht provozirt, und wenn ich Ihnen den Glauben auch nicht nehmen kann, so muß ich doch die Polizei dagegen verwahren, daß sie ungeschlecht gehandelt hat. (Beifall rechts.)

Abg. **Müller** (nl.): Ein Theil der Arbeitslosen rührt aus dem Baugewerbe her. Das ist nicht zu ändern, es ist stets so gewesen. Die Behauptungen, daß die Lebenshaltung des Arbeiters sich verschlechtert, sind unrichtig, wie die Statistik beweist. Auch ich gebe zu, daß die gewerblichen Verhältnisse sich verschlechtert haben. Das trifft nicht bloß die Arbeiter, sondern in noch höherem Maß die Arbeitgeber, deren Unternehmungen stetig zurückgehen. Das beweist auch ein Blick in den Etat der Post. Unter den Arbeitslosen befinden sich viele, die nicht arbeiten wollen. So haben in Mannheim am 13. Januar sich von 436 Arbeitslosen nur 105 zur Annahme von Arbeit bereit erklärt. Dagegen giebt kein Mittel: wer nicht arbeiten will, kriegt auch nichts zu essen. Es besteht doch eine Entwicklung in der Steigerung der Arbeitslöhne. Diese ist möglich ohne gleichzeitige Verminderung der Arbeitsleistung. Wenn die Arbeitszeit gekürzt wird, dann muß auch die Arbeit so intensiv betrieben werden, daß der Arbeiter darunter leidet. Das haben die Erfahrungen bewiesen, die man in Werken Uebertreibungen leiden die Arbeiter selbst.

Nunmehr wird die Berathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.
Schluß nach 5 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 22. Jan. [Aus dem Reichstage.] Der Reichstag wird sich auch morgen noch über die Nothstandsinterpellation der Sozialdemokraten unterhalten. Es ist aber schon jetzt klar, daß nichts dabei herauskommen wird, was als wirksame Förderung der angelegten Frage gelten könnte. In solchen Verhandlungen wird, wie die Erfahrung mehrerer Sessionen gezeigt hat, fast immer nur in Monologen gesprochen. Jeder Redner vertritt im Namen seiner Partei einen Standpunkt, der die Vereinbarung mit den Anschauungen der anderen Redner und Parteien von vornherein ausschließt. Insofern sind derartige Debatten allerdings von großem Interesse; man bekommt in ihnen den Kern der sonst nicht immer so klar heraus tretenden Anschauungsweise vorgelegt, von der die einzelnen Parteien als Ausdruck wirtschaftspolitischer Grundstimmungen getragen erscheinen. Daß die Abg. Liebknecht und Bebel die heftigste Sprache führten, kann nicht weiter Wunder nehmen. Das Leitmotiv ihrer Reden war, daß gewisse Leute Putzsch brauchen, um ein neues Ausnahmegeetz durchzudrücken, und daß bei der neuen Arbeitslosen-Versammlung Provokationen durch die Polizei beabsichtigt waren, um die Handhabe für eine Politik der Ausnahmegeetzgebung zu gewinnen. Von dieser Auffassung werden sich die sozialdemokratischen Führer ebensowenig wie die Massen

abbringen lassen, was man ihnen schon darum nicht verdenken kann, weil sie auf solche Weise das trefflichste Agitationsmittel in die Hand bekommen. Will die Regierung es ihnen entwinden, so kann sie nichts Eiligeres und nichts Besseres thun, als durch die That zu zeigen, daß jener Argwohn unbegründet ist. In der Zurückhaltung, die die Polizei bei den heutigen fünf großen Arbeitslosenversammlungen übte, hat man wohl schon die verständigere Auffassung der Pflichten der Sicherheitsbehörde zu erkennen, und die wohlthätige Folge der veränderten Haltung ist gewesen, daß die Ruhe überall trefflich und mühelos gewahrt werden konnte. Wenn jedoch Reden wie die des Frhrn. v. Stumm in das glimmende Feuer immer wieder schüren, so darf man sich nicht wundern, daß die Erwitterung so leicht in die Massen hinein getragen werden kann. Der Standpunkt Stumms gegenüber den großen Prinzipienfragen der modernen Sozialpolitik ist hinlänglich bekannt. Heute ist er mit einer Schärfe vertreten worden, die als umfassendes Bekenntnis gewiß ihren Werth hat, deren unmittelbarer Nutzen jedoch schwer erkennbar ist. Es konnte nicht fehlen, daß die Debatte auch die Agrarfragen streifte. Die Rathschläge, die der Abg. Richter den ostböhmerischen Landwirthen gab, wurden auf der rechten Seite natürlich etwas unbehaglich empfunden, und man wird in der Fortsetzung der Verhandlungen sicher noch die alten Klagen darüber hören, daß die Landwirtschaft durch die Mißgriffe der heutigen Politik außer Stande sei, den ihr gegebenen Rath zu befolgen und durch Verbesserung ihrer Einrichtungen eine der wichtigsten Quellen der Arbeitslosigkeit zu verstopfen. Die Rede des Ministers v. Bötticher war nicht ohne Verdienste. Es ist anzuerkennen, daß der Minister die Absicht bekundet hat, beschwingend zu wirken. Manche seiner tatsächlichen Angaben können beanspruchen, aufmerksam ins Auge gefaßt zu werden. Dahin gehört der Nachweis, daß die Lebenshaltung der Arbeiter und die Höhe ihrer Löhne seit dem Jahre 1886 stetig und ansehnlich gestiegen sind. Herr v. Bötticher legte dieser Behauptung eine ganz neue statistische Nutzenanwendung zu Grunde, die hier zum ersten Male verwertet worden ist. Er ging von den Begräbniskosten aus, die die Sterbekassen auf Grund des wirklichen individuellen Verdienstes des Verstorbenen während des letzten Jahres zahlen. Die Begräbniskosten sind nach diesem Verdienste genau abgestuft, und so läßt sich, soviel wir bisher übersehen können, in der That nichts dagegen einwenden, daß aus diesen Zahlungen Schlüsse auf die Durchschnittslöhne des deutschen Arbeiters gezogen werden. Ob es nicht doch etwas hoch gegriffen ist, das Wachstum der Löhne im angegebenen Zeitraum höher als 9 Prozent jährlich zu schätzen, mag näherer Prüfung vorbehalten bleiben. Die Sozialdemokraten, denen die Bötticherschen Zahlen anscheinend überraschend kamen, haben heute noch nicht darauf erwidert.

— Graf Arnim = Schlagenthin veröffentlicht eine neue Erklärung gegen den Fürsten Bismarck. Er bedient sich einer noch schärferen Sprache als in seinen früheren Mittheilungen an die Presse. Fürst Bismarck wird wiederholt aufgefordert, seine bekannnten Behauptungen entweder zu beweisen oder zu widerrufen. Weiterhin erklärt der Verfasser, gelegentlich auseinanderzusetzen, weshalb er zu der Vermuthung kommen müsse, daß der Fürst die Korrekturbogen des Blumfischen Werkes nicht bloß erhalten, sondern — was von anderer Seite bestritten worden ist — auch durchgesehen habe. Den ihm gegebenen Rath, sich beim Grafen Holstein über die angeblichen Spekulationsgeschäfte seines Vaters zu erkundigen, lehnt Graf Arnim mit dem Bemerkten ab, „er würde sich damit nur lächerlich machen.“ Graf Holstein habe seines Wissens niemals behauptet, daß der Vorkämpfer Spekulationen mit Baron Hirsch oder sonstige Spekulationen unternommen habe; hiernach fehle jeder Anlaß, diesen Herrn zu befragen. Das Hereinziehen des „ehrwürdigen“ Kaisers in die jetzige Betreibung der Arnimsache bezeichnet die Zuschrift als frivol.

— Die Subkommission der Stempelsteuervermittlung hat beschlossen, der Arbitrage zwischen zwei inländischen Börsen eine Ermäßigung im Steuersatz nicht zuzubilligen.

W. B. München, 22. Jan. Die Kammer der Abgeordneten berathet den anlässlich der Militärvorlage geforderten Nachtragsetat zum Militärretat und vertagte die Weiterberathung schließlich auf morgen. Eine lebhafteste Förderung rief die Indemnität für die erste bayerische Unteroffizierschule hervor. — Die Einnahmen der bayerischen Staatsbahnen im Jahre 1893 betrugen 109 300 303 M. oder gegen das Jahr 1892 4 416 763 M. mehr bei einer Zunahme der Länge um 62 Kilometer.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 22. Jan. Der Geheimre Baurath Südecke, Mitglied der Akademie des Bauwesens, ist gestern gestorben.

Wien, 22. Jan. Die „Polit. Korresp.“ erhält aus Belgrad die Inhaltsangabe einer Erklärung, welche König Milan im Namen und auf Instruktion des Königs Alexander von Serbien den Führern der radikalen Partei abgegeben hat. Diese Erklärung besagt, die radikale Partei habe seit der Erkränkung von Dollitsch das königliche Regierungsprogramm illusorisch gemacht, statt Verfassung und Gesetz herrsche im Lande Ungeheuerlichkeit und Intoleranz gegen Nicht-Radikale. Die täglich einlaufenden Beschwerden seien unberücksichtigt geblieben, des Königs Mahnungen hätten kein Gehör gefunden, ja, des Königs Recht zum Empfang von Beschwerde-Deputationen sei bestritten worden. Schon dieser letzte Umstand habe die Kritik herbeiführen müssen. Der König habe beschlossen, den Radikalen nicht mehr Carte blanche zu gewähren, er verlange die Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten nur durch die Krone, den Ministerpräsidenten und den Minister des Auswärtigen, er mißbillige und bedauere Konflikte, wie den jüngsten mit dem Wiener Kabinet und erachte Verurtheilungen von serbischen Gesandten ohne Wissen des Königs, wie jüngst die von Paschtsch, für unzulässig. Ebenso unstatthaft sei es, daß das unverantwortliche radikale Centralkomitee sich durch Proteste gegen Regierungsakte und gegen Ernennungen von Beamten über die Regierung stelle.

Ferner mißbillige der König die Verschwendung der Staatsfinanzen zu Parteizwecken und die Vernachlässigung der Armeelieferanten. Der König wünsche für sich eine engere Verbindung mit der Armee durch Herstellung einer königlichen Militärkanzlei, begehre die Aufhebung beziehungsweise Abänderung einiger, der Verfassung widersprechender Statutenbeschlüsse sowie die Einstellung des Prozesses gegen die liberalen Minister. Der König könne ohne Stellung von Garantien seitens der Radikalen eine neue radikale Regierung nicht berufen. — Im Verlaufe des Tages empfing der König wiederholt den serbischen Gesandten in Wien, Simitsch. — Die „Polit. Korresp.“ ist zu der Versicherung ermächtigt, daß der König entschlossen sei, durchaus auf dem Boden der Konstitution zu bleiben; alle anderslautenden Darstellungen seien tendenziöse Erfindungen der Radikalen.

Prag, 22. Jan. [Dmladinaprozess.] Der Angeklagte, Handlungslehrling Seraf, hat sich auch wegen eines Bücherdiebstahls bei seinem Dienstherrn zu verantworten; er behauptet, die Bücher wären ihm als Falle hingelegt worden. Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß er nicht in die Falle gerathen wäre, wenn er die Bücher liegen gelassen hätte, erwidert Seraf in schreiendem Tone: „Hätten Sie, Herr Vorsitzender, die Bücher dort liegen gesehen, Sie hätten sie auch mitgenommen.“ Der Angeklagte wird sofort zu 48 Stunden Disziplinararrest verurtheilt. Der achtzehnjährige Zimmermaler Stacina, der Nachts dabei abgefaßt wurde, wie er die kaiserlichen Adler an Briefkästen besudelte, behauptet, er sei berauscht und der Meinung gewesen, daß er als Zimmermaler eine Wand anstreiche. Andere Angeklagte nahmen alles zurück, was sie beim Verhör durch die Polizei ausgesagt hatten. Die Proteste der Verteidiger gegen die angebliche Gesundheitsgefährlichkeit des Saales wurden vom dem Oberlandesgericht zurückgewiesen.

Wien, 22. Jan. Zwischen dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses von Perczel und dem Abgeordneten Grafen Ladislaus Szapary fand in Folge der jüngsten Parlamentsrede Perczels ein Säbelduell statt, bei welchem beide Gegner leicht verwundet wurden.

Rom, 22. Jan. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ wird die amtliche „Gazzetta“ heute Abend ein Dekret des Königs veröffentlichen, durch welches die Session der Deputirtenkammer und des Senats bis zum 20. Februar vertagt wird.

Paris, 22. Jan. (Deputirtenkammer.) Brunet interpellirte die Regierung in Betreff Madagascars; die Lage daselbst sei beklagenswerth, Frankreich habe die Pflicht, Genugthuung zu verlangen und seine Rechte aufrecht zu erhalten. Ministerpräsident Casimir Perier erwiderte, es würde unthunlich sein, zu erklären, ob eine Expedition beabsichtigt sei oder nicht; die Lage sei übel, aber irgend eine ungünstige neue Nachricht sei nicht eingetroffen. Die erforderlichen Vorstellungen seien erhoben worden; Frankreich werde wissen, seinen Rechten Achtung zu verschaffen. — Der Ministerpräsident erklärte im Uebrigen seine Zustimmung zu einer von Brunet, wie folgt, abgefaßten Tagesordnung: Die Kammer ist entschlossen, die Regierung in Allem zu unterstützen, was dieselbe zur Aufrechterhaltung der Stellung und der Rechte Frankreichs auf Madagascar, sowie zur Wiederherstellung der Ordnung, zum Schutze der französischen Staatsangehörigen und zur Respektirung der französischen Farben unternimmt wird. Diese Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Paris, 22. Jan. [Senat.] Challemel-Lacour eröffnete die heutige Sitzung mit einem Appell zur Einigung, welche in einer Zeit besonders nöthig sei, in welcher der alte Geist chimärischer Bestrebungen wieder erwache, der Frankreich schon so viel Uebel eingebracht habe.

Belgrad, 22. Jan. Gestern berief der König die Radikalen Ratitsch, Bukovitsch, Gruttsch, Mikolajewitsch, Andra Mikolitsch, Yacu und Andere zu einer Konferenz, welche bis 3 Uhr Morgens dauerte und resultatlos verlief. Der König verlangte die Annahme mehrerer Forderungen seitens der Leitung der radikalen Partei und beklagte sich über die Haltung der radikalen Presse. Für heute sind Avakumovitsch, Albarac, Garaschanin und Stojan Novakovitsch zum Könige berufen. Im Laufe des Vormittags erklärten Gruttsch und Bukovitsch, die radikale Partei könne die vom König aufgestellten Punkte nicht annehmen, womit die Kombinationen mit dieser Partei abgebrochen schienen. Unter den von den Radikalen abgelehnten Forderungen des Königs befinden sich das Recht, den Kriegsminister und die Gesandten selbständig zu ernennen, die Außerkräftsetzung der die Eltern des Königs betreffenden Gesetzgebung, sowie die Niederschlagung des Prozesses gegen das liberale Kabinet. Im Laufe des Nachmittags dürfte die endgiltige Bildung einer Koalition der Liberalen und der Fortschrittler zu Stande kommen und möglicher Weise die Bildung eines Kabinetts erfolgen. — In der Skupstina wurde ein Brief des Ministerpräsidenten Gruttsch verlesen, worin derselbe seine Demission ansetzt. Gruttsch wollte eine Debatte hervorgerufen, was von der Mehrheit abgelehnt wurde. Die Skupstina wurde sodann auf unbestimmte Zeit, zunächst bis zur Bildung eines Kabinetts, vertagt, doch hält man es nicht für ausgeschlossen, daß eine Vertagung bis zum November erfolgen könnte. — In dem Prozesse Avakumovitsch nahm der Staatsgerichtshof heute das Verhör der Zeugen vor. Die Angeklagten verließen jedoch den Saal, um sich zur Konferenz in das königliche Palais zu begeben.

Napstadt, 22. Jan. Nach einem Telegramm des Majors von François hat er am 1. Januar in der Dorfsibischlucht bei Gansberg die Witboois geschlagen und ihnen große Verluste zugefügt. Außerdem hat er von ihnen 40 Pferde und eine große Menge an Rindern und Schafen erbeutet. — Von der Schutztruppe sind nur drei Soldaten leicht verwundet.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Ztg.“

Berlin, 23. Januar, Morgens.

Der Berliner „Börs.-Cour.“ will wissen, daß der deutsch-russische Zollvertrag als festgestellt anzusehen sei. Die Veröffentlichung ist in etwa 10 Tagen im „Reichs-Anzeiger“ zu erwarten.

Wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, wird bei der auf drei Tage berechneten Etatsberathung von den Nationalliberalen der Abg. Sattler sprechen. An Stelle des Abg. Hamacher ist der Abg. Friedberg in die Steuerkommission eingetreten.

Bei der Berliner Stadtverordnetenversammlung beantragten die sozialistischen Stadtverordneten, die Versammlung solle gegen das Verhalten der Polizei gegenüber den Theilnehmern an der Versammlung der Arbeitslosen am 15. Januar protestiren, und den Magistrat ersuchen, bei den Staatsbehörden um Maßregeln gegen die Wiederkehr solcher Auftritte vorstellig zu werden. Die „Pos. Ztg.“ meldet aus Petersburg: Bei einem

Brand in der kaiserlichen Porzellanfabrik wurden viele Maschinen verbrannt.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Rom hat die Volksbank in Brescia ein Moratorium nachgesucht. Die Aktiva sollen die Passiva um 1 183 000 Lire übersteigen.

Der „Popolo Romano“ meldet aus Pisa: Trotz der Maßregeln der Behörden beschloß die Gruppe der Unzufriedenen den allgemeinen Aufstand und bedrohte die Arbeiter eines internationalen Establishments derart, daß dieselben gezwungen waren die Arbeit einzustellen. Es gelang dreimal die Demonstranten zu zerstreuen und Verhaftungen vorzunehmen, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Mittags ging eine Verstärkung von Florenz nach Pisa ab. — Die „Riforma“ meldet aus Pisa: Bei den Bäckern und Kutschern ist ein Strike ausgebrochen. Vor dem Establishment Pantecorro fanden Ansammlungen statt. Kavallerie eilte herbei um die Strikenden zu zerstreuen, wurde jedoch von einem Steinhagel empfangen. Nach den üblichen drei Ermahnungen an die Menge, auseinanderzugehen, machten die Truppen von den Waffen Gebrauch und zerstreuten die Menge. Die industriellen Establishments und Kaufläden sind geschlossen. 4 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die umliegenden Dörfer sind gleichfalls von Unruhen ergriffen. In den übrigen Provinzen herrscht Ruhe.

Aus Belgrad wird weiter gemeldet:

Nach längerer Konferenz erklärten Barassin, Mikolajewitsch, Avakumovitsch, Albarac sie würden die Frage der Koalition im Plenum den Parteien zur Berathung vorlegen und Abends dem Könige das Ergebnis mittheilen. Wie verlautet, sollen die Fortschrittler dafür sein, mit den Liberalen die Koalition einzugehen. Die Berathungen der Liberalen dauern fort. Der radikale Ausschuß meldete die Ankunft Milans Nachts an alle Subkomitees. Die Militärverwaltung und das Kommando über die Genbarmerie hat Kofa Milanowitsch, der die provisorische Vertretung des Kriegsministers übernommen, in Händen. Im Lande herrscht überall Ruhe.

In Sofia ist das Kriegsgericht, welches die Verurtheilung der Brüder Ivanowitsch gegen den Prinzen Ferdinand verhandeln soll, nunmehr von Stambulow konstituirte worden. Die Verhandlungen beginnen am Donnerstag.

In Washington beschloß die Kammerkommission für Mittel und Wege die Einbringung des Einkommensteuereutwurfes, wonach 2 Prozent Steuer von einem Einkommen von 4000 Dollars erhoben werden. Das Repräsentantenhaus hat das Amendement zur Tarifvorlage, wonach die Zuckerpunkte wegfällt, bestätigt.

In Rio de Janeiro starben in den letzten Tagen 11 Personen am gelben Fieber.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 22. Jan. Der bisherige Syndikus der Firma „Siemens und Halske“, Bürgermeister a. D. Dr. Rosenthal und der Geh. Ober-Finanzrath K. v. Könen, bei der königlichen preussischen Seehandlung, etablierten unter kommanditistischer Theilnahme der Firma „Siemens und Halske“ ein Bankgeschäft am hiesigen Place, dessen Thätigkeit vorwiegend der Finanzierung elektrischer Unternehmungen der letztgenannten Firma gewidmet sein wird.

** Petersburg, 22. Jan. Die Russische Bank für auswärtigen Handel zahlt pro 1893 eine Dividende von 20 Rubel.

** Bradford, 22. Jan. Wolle ruhig, fester. Crossbred Botan behauptet. Mohairwolle flauer, Garne fester, in Stoffen einiges Geschäft.

Marktberichte.

Bromberg, 22. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 130—134 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—116 M., geringe Qualität 108—111 M. — Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 140—150 M.

Breslau, 22. Jan. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Pilo — Gefündigt — Br., abgelauene Ründigungsheine —, p. Jan. 123,00 Gd. Hafer p. 1000 Pilo — Gefündigt — Br., p. Jan. 153,00 Gd. Rübsöl p. 100 Pilo — Gefündigt — Br., p. Jan. 47,00 Gd., April-Mai 47,50 Br. 3 in 1. Ohne Umsatz. Die Birkenkommission.

** Stettin, 22. Jan. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 5° F. Barometer 759 Mm. — Wind: SW.

Weizen still, per 1000 Kilogr. loco 133—140 M., p. Januar 139,5 M. nom., per April-Mai 144,5 M. Br., p. Mai-Juni 146 M. Br., p. Juni-Juli 147,5 M. Br. und Gd. — Roggen still, per 1000 Kilogr. loco 117—122 M., per Januar 122 M. nom., per April-Mai 126,25—125,5 M. bez., 125,75 Br. und Gd., per Mai-Juni 127 M. Br. und Gd., per Juni-Juli 128,5 M. Br., 128 Gd. — Gerste per 1000 Pilo loco 138—160 M. — Hafer per 1000 Pilo loco 140—148 M., feinstes über Notiz. — Rüböl ruhig, per 100 Pilo loco ohne Faß bei Kleintalentein 46 M. Br., per Jan. 46 M. Br., per April-Mai 46 M. Br., per Sept.-Okt. 47 M. Br. — Spiritus still, per 10 000 Liter Proz. loco ohne Faß 70er 31,2 M. bez., per Jan. 70er 31 M. nom., per April-Mai 70er 32,8 M. nom., per Mai-Juni 70er 33,1 M. nom. — Angemeldet: nichts. — Regulirungspreise: Weizen 139,5 M., Roggen 122 M., Spiritus 70er 31 M. (Dfsee-Stg.)

Wasserstand der Warthe.

Wosen, am 22. Jan. Morgens 0,68 Meter
" " 22. " Mittags 0,68
" " 23. " Morgens 0,70

Heute verschied sanft nach schwerem Leiden unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter

Johanna Breslauer,

geb. Mendelssohn,

im Alter von 80 Jahren. Dies zeigen statt besonderer Meldung an

Die Hinterbliebenen.

Berlin, 22. Januar 1894.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Januar, Vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofes in Weißensee b. Berlin aus statt.

Meteorologische Beobachtungen in Potsdam im Januar 1894.

Table with 5 columns: Datum, Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm., Wind, Wetter, Temp. in Cel. Grad. Rows include dates from 22. Nachm. 2 to 23. Morgs. 7.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte. Fonds-Berichte.

* Berlin, 22. Jan. [Zur Börse.] Die Besserung des Courses der italienischen Rente und ein lebhafteres Interesse, das sich für dieses Papier geltend macht, gab heute dem Gesamtmarkt ein freundliches Aussehen. Es ist augenscheinlich, dass man sich in Paris in der Verfolgung dieser Rente arg überkommen hatte und dass nunmehr das hervorretende Dedungsbedürfnis der Courshaltung der Rente zu statten kommt.

Breslau, 22. Jan. (Schlusskurs.) Referiert. Neue Brz. Reichsanleihe 85,65, 3 1/2, Proz. L.-Fandbr. 87,60, Konigl. Darl. 22,95, Fürt. Anleihe 92,50, 4 Proz. unq. Goldrente 95,30, Bresl. Diskontobank 95,75, Breslauer Wechselbank 94,25, Kreditaktien 215,60, Schles. Bankverein 111,00, Donnersmarchütte 92,25, Flöther Maschinenbau, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 127,00, Oberschles. Eisenbahn 58,50, Oberesch. Portland-Zement 89,75, Schles. Zement 139,50, Doppelzement 105,80, Kramka 129,00, Schles. Zinkaktien, Laurahütte 113,75, Lezeln-Defabr. 84,00, Oesterreich. Banknoten 163,10, Russ. Banknoten 2,230, Steierl. Zement 90,25, 4 Proz. Ungarische Kronenanleihe 91,00, Breslauer elektrische Straßenbahn 121,00.

Schmalz. Höher. Solo Wilcox 43 1/2, Bq., Armour Hiedl 43 Pf., Cubahy 45 1/2, Pf., Roke u. Brothel (pure) - Pf., Fairbanks 36 Pf. Speid. Fester. Short clear middl. loco 37 1/2, Januar-Abladung 37 1/2. Woll. Umlag: 126 Ballen. Tabak. Umlag: 40 Fässer Maryland. Hamburg, 22. Jan. Zudermarkt. (Schlussbericht.) Rüden-Rohzuder I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Jan. 12,47 1/2, p. März 12,52 1/2, per Mai 12,65, per Sept. 12,67 1/2. Still. Hamburg, 22. Jan. Kaffee. (Schlussbericht.) Good average Santos per Jan. 83 1/2, per März 83, per Mai 81 1/2, per Sept. 78. Behauptet.

Paris, 22. Jan. (Schluss.) Weizen ruhig, 88 Proz. loco 34,50. - Weiser Ruder behft, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Jan. 37,37 1/2, p. Febr. 37,37 1/2, per März-Juni 37,62 1/2, per Mai-Juni 37,75. Paris, 22. Jan. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig per Januar 21,40, per Februar 21,40, per März-April 21,70, per März-Juni 21,90. - Roggen ruhig, v. Jan. 14,50, per März-Juni 15,10. Weib ruhig, per Januar 44,50, per Februar 45,00, per März-April 45,60, per März-Juni 45,90. - Kaffee fest, per Januar 58,25, per Februar 58,50, per März-April 58,50, per März-Juni 58,25. - Spiritus ruhig, per Jan. 35,00, per Febr. 35,25, per März-April 35,75, p. Mai-August 36,50. Wetter: Bedeckt. Havre, 22. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Biegler u. Co.) Kaffee in Newyork Schluss mit 10 Points Bafse. Havre, 22. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Jan. 103,75, per März 103,50, p. Mai 101,25. Unregelmäßig. Antwerpen, 22. Jan. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 12 1/2 bez., 12 1/4 Br., per Jan. 12 Br., per Febr. 12 1/4 Br., per Sept.-Dez. 12 1/4 Br. Fest. Antwerpen, 22. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Amsterdam, 22. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, p. März 154, p. Mai 156. - Roggen loco geschäftslos, do. auf Termine wenig veränd., per März 111, p. Mai 110. - Weizen loco 25, per Mai 23 1/2, p. Herbst 24. Amsterdam, 22. Jan. Java-Kaffee good ordinary 53. Amsterdam, 22. Jan. Sulfurkupfer 41 1/2, p. 3 Monat 42 1/2. London, 22. Jan. An der Küste 1 Weizenladungen angeboten. Wetter: Regen.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 23. Jan. Wetter: Bedeckt. Hamburg, 22. Jan. Salpeter loco 8,80, Februar-März 8,85. Unverändert. Newyork, 22. Jan. Weizen per Jan. 65 3/4 C., per Febr. 66 1/4 C.

Berliner Produktenmarkt vom 22. Januar.

Die Verkehrstätigkeit an unserem Markt bleibt andauernd so geringfügig, dass jede Bewegung, die einmal durch irgend eine Zufälligkeit hervorgerufen wird, sehr bald wieder zum Stillstand gelangt und das Geschäft immer wieder in die alte Luftlosigkeit zurückverfällt. Anregende Momente lagen heute nach keiner Seite hin vor und so hat sich denn das Angebot nicht minder wie die Kaufkraft Zurückhaltung aufgelegt; dabei vermochte Roggen aber sich eher eine Kleinigkeit von vorgefrügem Rückgang zu erholen, während Weizen kaum behauptet geblieben ist. Gefündigt: 50 Tonnen Roggen. Auf den Handel mit Hafer waren die vorgefrügen Erwägungen auch heute noch von Einfluss; Mat-Lieferung ist weiter gestiegen, während die späteren Termine vernachlässigt blieben. Roggenmehl blieb still. Rüböl notirt nominell unverändert. Spiritus ist vorübergehend etwas besser bezahlt worden, schloß aber wie vorgestern. Weizen loco 137-149 Mark nach Qualität gefordert, gelb märk. 144 M. ab Bahn bez., Januar 144,50 M. bez., Mai 148,50 M. bez., Juni 149,50 M. bez., Juli 150,25 M. bez., September 152,75-152,80 M. bez. Roggen loco 123-129 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 126-126,50 M. ab Bahn bez., Jan. 126,75 M. bez., April 130,25 M. bez., Mai 130,75-131 M. bez. Mais loco 112-121 M. nach Qualität gef., Jan. 112,50 M. nom., Mai 107 M. bez., Juni 107,50 M. nom., Juli 108,50 M. nom., September 109,50 M. nom. Gerste loco per 1000 Kilogramm 110-180 M. nach Qualität gef. Hafer loco 140-180 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreussischer 141-162 M., do. pommerischer, udermärkischer und mecklenburgischer 142-162 M., do. schlesischer 142-162 M., feiner schlesischer, pommerischer und mecklenburgischer 164-173 M. ab Bahn bez., Mai 141,50-141,75 M. bez., Juni 139,50 M. bez. Erbsen Kochwaare 160-195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 139-153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Victoria-Erbsen 215-230 M. bez. Weizenmehl Nr. 00: 20,00-17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00-14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,26 bis 15,50 M. bez., Januar 16,25 M. bez., Februar 16,30 M. bez., März 16,45 M. bez., Mai 16,95 M. bez. Rüböl loco ohne Faß 46,2 M. bez., April/Mai 46,9 M. bez., Mai 47 M. bez., Oktober 47,9 M. bez. Petroleum loco 19,80 M. bez. Spiritus unferuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Faß 52,0 M. bez., unferst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Faß 32,5 M. bez., Januar 36,5 M. bez., April 37,6 bis 37,7-37,5 M. bez., Mai 37,8-37,9-37,7 M. bez., Juni 38,2 bis 38,3-38,1 M. bez., Juli 38,6-38,7-38,5 M. bez., August 39 bis 39,1-38,9 M. bez., September 39,3-39,4-39,2 M. bez. Kartoffelmehl Januar 15,00 M. bez. Kartoffelfärke, trodene, Jan. 15,00 M. bez. Die Regulkationspreise wurden festgesetzt: für Roggen auf 126,75 M. per 1000 Kilo. (N. 3.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Francoeder 1 Lira oder 1 Poseta = 40 Pf.

Large financial table with multiple columns listing various securities, bonds, and bank notes. Includes sections for Bank-Diskonto, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere.